

Mehrheit der Schweizer Bevölkerung will keine Tabakwerbung mehr

Das Schweizer Bundesamt für Gesundheit BAG hat am 25. August eine repräsentative Studie publiziert, bei der im Jahr 2014 rund 5.000 Personen bezüglich politischer Maßnahmen zur Tabakprävention befragt wurden. Ein generelles Werbeverbot für Tabak wird demnach von 53 Prozent der Befragten unterstützt und von 45 Prozent abgelehnt. Seit der Umfrage 2012 ist die Zustimmung für ein generelles Werbeverbot von knapp 48 auf 53 Prozent im Jahr 2014 gestiegen.

Dies sei als klares Signal an die Politik zu werten, denn die Bevölkerung in der Schweiz gehe bei der Einschränkung der Tabakwerbung weiter als der Bundesrat, so die Stiftung Sucht Schweiz. Im Entwurf des neuen Tabakproduktegesetzes soll nur die Werbung auf Außenplakaten, in Printmedien sowie im Kino verboten werden. Aktivitäten im Bereich Sponsoring und Verkaufsförderung, einschließlich jener an den Verkaufsstellen, wären weiterhin weitgehend möglich.

Umfassendes Vermarktungsverbot reduziert Tabakkonsum

Diese Haltung der Mehrheit der Bevölkerung deckt sich laut der Präventionsstiftung mit den Forderungen, die Mitglieder der Allianz für ein starkes Tabakproduktegesetz seit längerem stellen. Die Schweiz habe bereits im Jahr 2004 die WHO-Rahmenkonvention zur Eindämmung des Tabakgebrauchs unterzeichnet, sei aber eines der letzten europäischen Länder, das diese noch nicht ratifiziert habe. Dieses Abkommen beinhaltet: keine Werbung, kein Sponsoring und auch sonst keine Promotionsmaßnahmen für Tabakwaren. Studien hätten gezeigt, dass ein umfassendes Vermarktungsverbot das Rauchen reduzieren könne.

Tabakindustrie verlagert Promotionsaktivitäten in andere Kanäle

Dass sämtliche Lebensbereiche frei von Tabakwerbung würden, sei nötig, weil die Zigarettenhersteller ihre Promotionsaktivitäten bei Teilverböten in andere Kanäle verlagern würden, so Sucht Schweiz, und zwar meist dorthin, wo sie sehr junge Menschen erreichen: Mit Gratismustern und Wettbewerben, an Privatpartys, auf Einladungen zu Veranstaltungen, mit individuellen Mails, in Social Media. Dies habe eine Untersuchung des Centre d'information pour la prévention du tabagisme CIPRET nachgewiesen.

Tabakkonsum in Deutschland

Nach Angaben der Drogenbeauftragten der Bundesregierung sterben in Deutschland jährlich etwa 110.000 Menschen an den direkten Folgen des Rauchens. Zusätzlich sei von etwa 3.300 Todesfällen durch Passivrauchen auszugehen. Um Jugendliche dauerhaft vom Rauchen abzuhalten, sind nach Meinung des Deutschen Krebsforschungszentrums weitere gesetzliche Maßnahmen zur Tabakprävention notwendig. Dazu gehörten ein umfassendes Tabakwerbeverbot, weitere deutliche Tabaksteuererhöhungen, ein Nichtraucherschutzgesetz ohne Ausnahmen und die Einführung großer bildgestützter Warnhinweise.
